

Die hochaktuelle Gretchenfrage

Wie hält es die Politik mit dem Glauben? Und wie soll es die Kirche mit der Politik halten? Das gibt zu reden. Ein Podiumsgespräch in Chur hat Antworten gesucht – und geliefert.

VON OLIVIER BERGER

Der Zürcher SVP-Nationalrat Gregor Rutz brachte die Zeitstimmung auf den Punkt. Als er einst in Freiburg begonnen habe, Kirchenrecht zu studieren, hätten ihn seine Freunde gefragt: «Willst Du denn nichts werden im Leben?» Heute sei die Religion wieder zu einem dringlichen Thema geworden, das die Menschen beschäftigt, so Rutz.

Die dicht gefüllten Sitzreihen im Rittersaal des bischöflichen Schlosses gaben dem SVP-Mann diese Woche recht. Genau genommen handle es sich bei dem Abend nicht bloss um eine Podiumsveranstaltung, erklärte Giuseppe Gracia, Medienverantwortlicher des Bistums Chur. Sonderer sei auch eine Art Vernissage für die jüngste Publikation von Generalvikar Martin Grichting. Um dessen schmalen Band «Im eigenen Namen, in eigener Verantwortung» drehte sich an diesem Abend denn auch fast alles.

Grichting spürt in seinem Buch dem Verhältnis von Kirche und Politik nach – «ohne Schuldige zu suchen», wie er betonte. Vielmehr wolle er aufzeigen, wie die Religionsgemeinschaften «friedlich und kooperativ» miteinander existieren könnten. Möglich sei dies nur, wenn sich die offiziellen Religionsvertreter aus dem politischen Tagesgeschäft heraushielten, so Grichting. Schon die Französische Revolution sei vor allem deshalb dezidiert antiklerikal gewesen, weil sich damals Kirche und Adel «in einer ungesunden Weise verbündet» hätten.

Politisch nur als Privatpersonen

Bevor er solche Thesen weiter vertiefte, knüpfte Gesprächsleiter Christian Dorer bei Goethe an. «Nun sag, wie hast Du es mit der Religion?», lässt dieser Gretchen ihren Faust fragen. «Wie leben Sie ihren Glauben?», wollte Dorer von seiner hochkarätig besetzten Gesprächsrunde wissen. Er sei «ein durchschnittlicher Alltagskatholik», antwortete Gerhard Pfister, Präsident der CVP Schweiz. FDP-Präsidentin Petra Gössi erklärte, sie gehe «ein paarmal im Jahr» zur Kirche, zum Beispiel, «wenn ich Ruhe haben und mich in mich kehren will». Der Zürcher SVP-Nationalrat Rutz wiederum ist «ziemlich katholisch erzogen» worden. Heute habe die Kirche für ihn eine besondere Funk-



Plötzlich wieder von Interesse: Das Verhältnis zwischen Religion und Politik erhitzt die Gemüter – und sorgt im Rittersaal des Churer Bischofsschlosses für volle Zuschauerreihen.

Bild Yanik Bürkli

tion. Er sei kein Fan von Fitnessabos, «ich suche meine Entspannung woanders», sagte Rutz.

Die Aussagen in Grichtings Buch sties bei der Politikerin und ihren beiden Kollegen auf Zustimmung. Sie sei einst vom damaligen Abt des Klosters Einsiedeln für ihre Haltung in der Schwyzer Spitalplanung kritisiert worden, erzählte Gössi. Seither wisse sie, woher der Begriff «Abkanzeln» stamme. «Es ist noch heftig, wenn man diese Erfahrung macht», sagte sie.

Auch Pfister ist der Meinung, dass sich Kirchenoberen nur als Privatpersonen politisch äussern sollten. Schliesslich lasse sich «nicht aus der Bibel ableiten, ob man die Steuern erhöhen oder senken soll». Die Aufgabe der Kirche sei es, «Grundsätze zu vermitteln», betonte Rutz. Es könne aber nicht gehen, wenn Vertreter der Kirche – in diesem Fall der staatskirchlichen Körperschaften – ein-

zelnen Parteien oder Politikern beispielsweise vorwürfen, sie verträten «unchristliche Positionen in der Medienpolitik».

Der Islam sorgt für Zündstoff

Gesprächsleiter Dorer öffnete dann ein weiteres Feld der Debatte. Die Migration und der Islam seien es gewesen, die in die Diskussion über das Verhältnis von Kirche «eine neue Dringlichkeit hereingebracht» hätten, zitierte er aus Grichtings Buch. Er stellte die – derzeit in Deutschland heftig diskutierte – Frage in den Raum, ob der Islam zur Schweiz gehöre oder nicht. Ein Zusammenleben gehe nur, wenn die Integration funktioniere, erklärte FDP-Präsidentin Gössi.

Dass die Präsenz des Islam die religiöse Debatte neu befeuert, steht für CVP-Chef Pfister ausser Frage. Auch das grosse Interesse am Churer Gesprächsabend zeige, «dass da etwas aufbricht». SVP-Mann Rutz stimmte dem zu. «Ich glaube,

es gibt ernsthaft ein Problem», sagte er. Für die friedliche Koexistenz in Mitteleuropa werde es wichtig sein, ob «der Islam den demokratischen Verfassungsstaat legitimieren» könne. Die Vertreter der Politik pochten in diesem Zusammenhang auf die Einhaltung der Schweizer Rechtsordnung – ohne Ausnahmen. «Wir müssen aufpassen, dass wir nicht aus lauter Toleranz unsere Grundsätze über Bord werfen», warnte Rutz.

Auf die Frage aus dem Publikum, wo sich die Kirche denn einmischen dürfe, sagte Grichting, die Kirchengipfel schweige oft zu kontroversen Themen wie dem Recht auf Leben. «Es ist offenbar ein enormer gesellschaftlicher Druck da, sich nicht zu äussern.» In eine ähnliche Richtung ging seine Antwort auf die Frage, ob die Kirche nicht sogar zu zurückhaltend sei. Die Kirche müsse sich fragen: «Sollen wir uns an die Wahrheit halten oder an die Mehrheit?»

WASSERVERSCHMUTZUNG

PCB in Bündner Gewässern

Bündner Fische können fast überall bedenkenlos gegessen werden.

GRAUBÜNDEN In den Bündner Gewässern ist die Belastung durch PCB, durch Polychlorierte Biphenyle, einem organischen Schadstoff, nicht besorgniserregend. Die Werte würden zum grössten Teil «auf dem tiefen Niveau einer Hintergrundbelastung» liegen, schreibt das Amt für Natur und Umwelt in einer Mitteilung. Wie zu erwarten gewesen war, liegen die höchsten PCB-Werte im Kanton im Oberen Spöl im Engadin, wo 2016 der Fluss während Sanierungsarbeiten an der Staumauer Punt dal Gall am Livignostausee verschmutzt worden war.

Entwarnung will der Kanton aber dennoch nicht geben. An einzelnen Gewässerabschnitten habe man Indizien für eine erhöhte PCB-Belastung gefunden, heisst es weiter. Untersucht wurden 27 Standorte an Bündner Flüssen. Dabei habe sich gezeigt, dass auch der Vorderrhein unterhalb von Ilanz, die Plessur oberhalb von Litzirüti und der Inn unterhalb von Martina deutlich mehr PCB aufweise als an die anderen Standorte. Bei diesen befänden sich die PCB-Werte «auf tiefem Niveau», was bedeute, dass in diesen Abschnitten «derzeit keine relevanten Mengen an PCB in die Nahrungskette gelangen». Um Klarheit zu erlangen, will der Kanton noch in diesem Jahr weitere Untersuchungen vornehmen, vor allem im Vorderrhein sowie in der Plessur.

Fangverbot im Spöl

Tatsächlich ist PCB für Menschen direkt nicht gefährlich, weil die Konzentration dafür viel zu gering ist. Gefahr besteht aber, weil PCB in Nahrungsmitteln – typischerweise in Fischen – angereicht wird. Daher besteht seit 2017 in den betroffenen Gewässerabschnitten des Spöls ein Fangverbot für Fische. Weitere Fangverbote für Fische aufgrund der PCB-Belastung bestehen in Graubünden derzeit keine.

Seit 1986 verboten

Die Anwendung von Stoffen, die PCB enthalten, ist in der Schweiz bereits seit 1986 verboten. Früher wurden diese Stoffe als Weichmacher in Dichtungsmassen, Isoliermitteln und Kunststoffen eingesetzt. PCB kommt deshalb nach wie vor fast überall vor, unter anderem auch als Hintergrundbelastung in Bergseen und – in höherer Konzentration – in Gewässern, die durch menschliche Tätigkeit oder industrielle Anlagen belastet sind. (RF)



«Ich gehe in die Kirche, wenn ich Ruhe haben und mich in mich kehren will.»

PETRA GÖSSI
FDP-PRÄSIDENTIN



«Ich bin ein durchschnittlicher Alltagskatholik.»

GERHARD PFISTER
CVP-PRÄSIDENT



«Sollen wir uns an die Wahrheit halten oder an die Mehrheit?»

MARTIN GRICHTING
GENERALVIKAR



«Wir müssen aufpassen, dass wir nicht unsere Grundsätze über Bord werfen.»

GREGOR RUTZ
SVP-NATIONALRAT

Steuern erhöhen und Investitionen kürzen

Chur darf keine neuen Schulden mehr machen. Das fordert die SVP mit einem Vorstoss, der unangenehme Folgen haben könnte.

VON DARIO MORANDI

Die SVP-Fraktion im Churer Gemeinderat schlägt Alarm. Sie zeigt sich besorgt über die Befindlichkeit des Stadthaushaltes und ortet unmittelbaren Handlungsbedarf. Um Schulden abzubauen beziehungsweise eine Neuverschuldung zu vermeiden, fordert die Partei, dass die Stadt ihre Investitionsausgaben zu 80 Prozent künftig aus eigenen Mitteln finanzieren muss. Der budgetierte Selbstfinanzierungsgrad sinke laufend und nähere sich damit der Kerngrösse «ungenügend», schreibt die SVP in ihrem parlamentarischen Auftrag. Dies mit Blick auf die 29 Prozent, die für 2019 prognostiziert werden.

Über 133 Prozent gelegen

Der Stadtrat sieht es weniger dramatisch als die Männer der SVP und verweist auf

den durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad der letzten sechs Jahre. Dieser liegt bei über 133 Prozent. Deshalb empfiehlt der Stadtrat dem Gemeinderat, den Auftrag der SVP an der Sitzung vom 12. April abzulehnen.

Die falschen Schlüsse ziehen

Die Feststellung der SVP treffe zwar zu, hält der Stadtrat fest. Ohne den Gesamtzusammenhang zu berücksichtigen, vermittele diese aber «einen verfälschten Eindruck mit dem Risiko, die falschen Schlüsse zu ziehen», schreibt er in seiner Stellungnahme. Budget, Jahresrechnung und Vergangenheit müssten kombiniert betrachtet werden. Will heissen: Der Selbstfinanzierungsgrad müsse über eine längere Periode betrachtet werden. Ausserdem werden das Investitionsbudget erfahrungsgemäss unterschritten und das Budget aufgrund von Annahmen

und Schätzungen erstellt. Der Stadtrat gibt weiter zu bedenken, dass der Selbstfinanzierungsgrad im Budget «erfahrungsgemäss immer unter demjenigen der Jahresrechnung liegt».

Die Schulden sind gesunken

Nach Meinung des Stadtrates besteht bezüglich Verschuldung kein Grund zur Sorge. Diese habe seit 2012 von 213 Millionen auf 173 Millionen Franken abgenommen, hält er in diesem Zusammenhang fest. Die Rückzahlung eines 20-Millionen-Franken-Kredits durch den Energiedienstleister IBC Energie Wasser Chur und die gute Selbstfinanzierung hätten in den letzten Jahren zu einem Schuldenabbau geführt, heisst es.

Grundsätzlich wäre es gemäss den Ausführungen des Stadtrates möglich, die Budgets mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 80 Prozent auszustatten. Dann

müssten dem Gemeinderat aber Massnahmen vorgeschlagen werden, die weniger populär wären: Steuern und Gebühren müssten erhöht werden, um zusätzliche Einnahmen generieren zu können. Der Stadtrat geht weiter davon aus, dass in diesem Fall jene Sparmassnahmen umgesetzt werden müssten, die vom Gemeinderat während der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung sistiert worden waren. Ausserdem müssten Investitionen im Verwaltungsvermögen, wie etwa der Bau von Schulhäusern, zurückgefahren werden, und auch der geplante Ausbau der Sportanlagen auf der Oberen Au wäre nach Meinung des Stadtrates dann in Gefahr.

Investitionsstau würde erhöht

Wie der Stadtrat in seiner Antwort auf den SVP-Vorstoss weiter betont, will er im Investitionsbereich «den Weg der

Langfristigkeit beibehalten». Da der tief budgetierte Selbstfinanzierungsgrad nicht auf eine schlechte Erfolgsrechnung, sondern auf hohe Investitionen zurückzuführen sei, «müsste der Gemeinderat Investitionen kürzen». Für den Stadtrat ist eines klar: «Damit wird der Selbstfinanzierungsgrad nur scheinbar verbessert.» Im Gegenzug werde dann der Investitionsstau erhöht, was nach Meinung des Stadtrates zum Problem für die nachfolgenden Generationen würde.

Der Stadtrat gibt in seiner Stellungnahme zum Vorstoss gleichzeitig zu verstehen, dass der bereits heute bestehende Nachholbedarf im Investitionsbereich «politisch im Sinne von Prioritäten diskutiert werden muss». Deshalb stellt er dem Gemeinderat, wie von der Geschäftsprüfungskommission jüngst gefordert, «eine umfassende Investitions- und Finanzierungsplanung» in Aussicht.